
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 16/3 (1989)

DOI: 10.11588/fr.1989.3.53797

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

die immer auswegloser werdene Algerienpolitik, aber man kann zum Beispiel auch die Argumente nachlesen, mit denen Mendès France, im Unterschied zur Mehrheit seiner Partei und den Sozialisten, seine Ablehnung der EWG begründet.

Der Doppeltitel des zweiten Teils über die Jahre 1958–1960: *Contre la V^e République, pour le socialisme*, bezeichnet die beiden Stoßrichtungen des politischen Engagements von Mendès France: Aufgrund der seiner Auffassung nach undemokratischen, staatsstreichähnlichen Umstände, unter denen de Gaulle an die Macht kam, stimmte er der Investitur des Generals nicht zu, auch wenn er weiterhin größte Hochachtung für den Führer des Widerstands hat, an dessen Seite er gekämpft hatte und in dessen provisorischer Regierung er 1944/45 Minister war. Hinzu kam, daß er die neue Verfassung ablehnte, da sie ein »persönliches Regiment« begünstigte, was einem so stark in der republikanischen Tradition wurzelnden Mann wie »PMF« zuwider war; außerdem erschien sie ihm zwar noch nicht unter de Gaulle, aber möglicherweise unter einem seiner Nachfolger eine Gefahr für die Demokratie.

In diese Jahre fällt auch der Bruch mit der radikalen Partei, die immer weiter nach rechts gerückt war und die bald in die Bedeutungslosigkeit hinabsank. Mendès France engagierte sich in einer neuen, linkssozialistischen Splitterpartei – PSA, später PSU –, die sich von der SFIO wegen der Algerienpolitik abgetrennt hatte, der aber kein Erfolg beschieden war. Die »Konversion« fiel Mendès France auch deshalb nicht schwer, weil er mit seinen etatistisch-dirigistischen wirtschaftspolitischen Auffassungen den Sozialisten eigentlich schon immer näher gestanden hatte als der wirtschaftsliberalen radikalen Partei.

Der dritte Teil – 1961/62 – trägt den Titel der bekanntesten Publikation von Mendès France, die erstmals 1962 erschienen ist. »*La République moderne*«, hier wieder abgedruckt, will so etwas wie ein Gegenentwurf zur V. Republik sein, zu einem Zeitpunkt, als ein Regimewechsel möglich schien. Allerdings bekam »PMF« dann doch keine Chance mehr, seine Ideen umzusetzen, insbesondere nicht seinen Vorschlag eines »gouvernement de législature«, das zwar den »klassischen« Parlamentarismus wiederherstellen, ihn aber gleichzeitig stabilisieren sollte. Als sein langjähriger Weg- und Kampfgefährte Mitterrand 1981 zum Präsidenten gewählt wurde, ließ er die von Mendès France so schroff abgelehnte Verfassungsordnung intakt. Man darf darauf gespannt sein, ob man im Band 6 dazu etwas von den Reaktionen von »PMF« lesen kann.

Editionstechnisch läßt der Band viele Wünsche offen. Die historische Einleitung ist allzu kursorisch; die knappen Notizen zu den einzelnen Texten wie die wenigen Anmerkungen sind unzulänglich; schließlich fehlt ein Sachregister, das den dickleibigen Band dem Benutzer erschließen könnte.

Adolf KIMMEL, Würzburg

René RÉMOND, 1958. *Le Retour de De Gaulle*, Bruxelles (Editions Complexe) ²1987 (¹1983), 213 S. (La Mémoire du Siècle).

René Rémond, Präsident der Fondation Nationale des Sciences Politiques, gehört zu den profiliertesten französischen Zeithistorikern, weist sein wissenschaftliches Werk doch bereits mehr als 20 Bücher auf, unter denen Studien zur politischen Rechten, zu Religion und Antiklerikalismus neben profunden Gesamtdarstellungen stehen. In der auf einzelne Ereignisse der französischen, ausländischen oder internationalen Politik ausgerichteten populären Taschenbuchreihe nimmt er sich des wichtigsten Schlüsselereignisses an, das die französische Politik bis heute prägt: der Rückkehr de Gaulles 1958 und damit des Endes der IV. und der Errichtung der V. Republik. Diese Hinwendung zur unmittelbaren Zeitgeschichte läßt ihn zögern, weil eben noch nicht alle Konsequenzen jenes Vorgangs deutlich geworden sind. Aber er interpretiert so umsichtig, daß die Maßstäbe klar, die Angriffspunkte nur wenige sind.

Wenn er etwa – die erste Auflage erschien 1983 – als eines der offenen Probleme der Verfassung von 1958 hervorhebt, es sei unklar, was geschehe, wenn Ministerpräsident und Staatspräsident nicht der gleichen politischen Mehrheit angehörten, so hat die Entwicklung der »Cohabitation« in der Zwischenzeit hier eine – relative – Klarheit gebracht.

Für Rémond tauchen Probleme der Unzugänglichkeit von Quellen als restringierendes Element nicht auf. Obwohl er sich offensichtlich nur auf allgemein zugängliche Zeugnisse stützt, weist seine Deutung wenig Unsicherheiten über noch unerhellte Zusammenhänge auf. Er nähert sich einleitend und behutsam einkreisend seinem Thema. Persönlichkeiten und Strukturen sind für den Gang der Entwicklung gleichermaßen verantwortlich; aber gegen alle Spielarten marxistischer Erklärungen wendet er sich mit Vehemenz. Und wenn als dritte Erklärungsebene der Zufall, das Kontingente, eingeführt wird, so scheint dies zunächst banal. Doch im Gang des Buches wird deutlich, wie wenig sich das Resultat zu irgendeinem Zeitpunkt von irgendeinem der Akteure vorhersehen ließ. Statt von den »Listen der Geschichte« spricht Rémond von seiner Präferenz von »pour un peu les vieilles explications providentialistes d'autrefois«; denn: »L'histoire n'est-elle pas pleine de régimes qui ne sont pas adaptés et de peuples qui n'ont pas su ou pas pu réformer leurs institutions?« (S. 165).

Konkret bedeutet dies, daß eine Vielzahl von Ebenen, von Handlungsmöglichkeiten, von symbolischen Akten (Demonstrationen etc.) eingeführt werden, die in je unvorhergesehener Weise die nächsten Schritte einleiteten oder präformierten. Den Kern des Bändchens bildet also die Ereignisgeschichte der Tage vom Sturz der Regierung Gaillard (15. 4. 1958) bis zur Einsetzung de Gaulles als Président du Conseil und seiner Betrauung mit Sondervollmachten (1./2. 6. 1958). Dennoch wird keine bloße Ereignisgeschichte geboten, so eindringlich dies hier auch im einzelnen geschieht. Voran geht nämlich ein Strukturüberblick über Entstehung und Inhalt der Verfassung der Vierten Republik, über die Parteienlager und die politischen Kräfte zu Anfang des Jahres 1958. Großen Wert legt Rémond darüber hinaus auf die Bilder, auf die Erwartungen, die Zeitgenossen damals hegten: von der Furcht vor einer faschistischen Diktatur bis hin zum Bürgerkrieg. Und wenn die historischen – immer partiell falschen und zutreffenden – Präzedenzfälle für die Akteure und Zeitgenossen als Orientierungspunkte angeführt werden, so tut der Historiker von heute ein gleiches, um im Vergleich zu Staatskrisen, Verfassungsprojekten etc. seit Napoleon I. die Individualität der Ereignisse von 1958 umso deutlicher hervortreten zu lassen.

Sehr klar wird vor allem, daß die Krisen der Regierungen Gaillard und Pflimlin für die politische Klasse zunächst durchaus im üblichen Rahmen abzulaufen schienen, daß dann die Ereignisse in Algier mit der Bildung von Wohlfahrtsausschüssen um Massu und das Übergreifen auf Korsika erst das ganze Ausmaß einer schon längst schwelenden Verfassungskrise enthüllten. Die tageweise Schilderung auf den verschiedenen Schauplätzen macht das atemberaubende Tempo des Geschehens deutlich, aber auch den Positionswechsel, wenn etwa die SFIO binnen weniger Tage von entschlossenem Widerstand zur mehrheitlichen Bejahung von de Gaulle überging. Besonders hervorhebenswert erscheinen Rémond dabei die Aktivitäten dreier Persönlichkeiten: des sozialistischen Parteisekretärs Guy Mollet, der frühzeitig Kontakte zu de Gaulle knüpfte, René Coty's, des Staatspräsidenten, der aus eigener Verantwortung und Einsicht den Weg zu de Gaulle hin beschritt. Und schließlich war es natürlich de Gaulle selbst, der in vagen, aber doch für den Zweck präzisen Formulierungen die Wiederherstellung staatlicher Autorität als einzigen Programmpunkt erkennen ließ. Dies war deutlich gegen die IV. Republik gerichtet, aber auch gegen die algerischen Putschisten gemeint, die ihn dennoch unterstützten (»je vous ai compris«). Dennoch wird wohl zurecht auch dem General kein festes Programm unterstellt, sondern pragmatisches Handeln, das ihn schließlich eine neue Verfassung unter vielen Kompromissen ausarbeiten lassen ließ.

Wahlanalysen für das Verfassungsreferendum (26. 9. 1958), die Nationalversammlung (23./30. 11. 1958) und die Präsidentenwahl (21. 12. 1958) sind ein Höhepunkt des Buches. Diese Wahlen machen die erdrutschartige Umgestaltung der politischen Landschaft Frankreichs

deutlich, die mit den Gaullisten eine – in dieser Form – neue politische Kraft etablierten, den Niedergang der Kommunisten einleiteten. Dennoch wird die »mutation de la société française« (S. 170) nicht eigentlich selbst gezeigt. Rémond begnügt sich im Kern mit der politischen und verfassungsmäßigen Umgestaltung. Dennoch sind seine Urteile auch zu den Kontinuitäten abgewogen: »La IV^e République avait posé les fondements, mais la restauration de l'autorité de l'Etat, la confiance rétablie, des initiatives heureuses et opportunes ont permis à ces prémisses de développer toutes leurs conséquences: un budget en équilibre, une monnaie forte, une balance des paiements positive, l'ouverture des frontières, l'intensification des échanges, l'élévation du niveau de vie, autant de fruits du nouveau régime, qui deviennent à leur tour, par le jeu des phénomènes cumulatifs, autant de facteurs d'expansion« (S. 172). In der politischen Kultur kamen neue Themen auf, unter denen »la passion de la grandeur nationale et l'attachement inconditionnel à son indépendance« (S. 173) hervorragten. »Un réformisme qui ambitionne de moderniser le pays pour le rendre contemporain de son temps et capable de relever le défi de l'histoire qui est perpétuelle évolution« (S. 174).

Das schmale Bändchen wird durch einen Überblick über die Parteien, ein sehr knappes Literaturverzeichnis und einige zentrale Dokumente mit Selbstzeugnissen de Gaulles aus jener Zeit abgeschlossen.

Jost DÜLFFER, Köln

Uwe PRELL, Grenzüberschreitung in Berlin. Der Reise- und Besucherverkehr und die westlichen politischen Entscheidungen, Berlin (Quorum Verlag) 1986, V-143 p.

Il n'est pas de mois sans que la presse ne relate la tentative, plus ou moins spectaculaire, de franchissement du Mur de Berlin. Par contre, les journaux n'évoquent jamais les milliers de Berlinoises et d'Allemands de l'Ouest qui sans problèmes se rendent tous les jours »de l'autre côté«. Ce silence résulte de l'accord quadripartite de 1971. Depuis cette date en effet, la circulation des voyageurs entre les deux parties de l'ancienne capitale du Reich n'est plus qu'une »question de routine«. Mais avant, ce fut un problème ardu qui contribua à une grave crise en 1961 et qui nécessita une dizaine d'années pour être résolu d'une manière satisfaisante. Le livre du politologue allemand Uwe Prell permet de faire le point sur un sujet, d'ailleurs fort peu traité par l'historiographie occidentale.

La question du »passage de frontière à Berlin« relève d'une problématique extrêmement complexe – comme tout ce qui se passe du reste dans la ville divisée –, dans la mesure où interviennent de nombreux acteurs politiques: les deux municipalités berlinoises, les deux gouvernements allemands et les quatre puissances occupantes de 1945. Comme le rappelle Uwe Prell, nulle part ailleurs, »la politique locale et la politique internationale sont aussi étroitement liées«. C'est pourquoi ce livre est plus qu'une étude des conditions juridiques et politiques du trafic des visiteurs de Berlin-Ouest vers Berlin-Est. Il s'agit aussi d'une fine analyse des relations entre les différents acteurs occidentaux.

Prell étudie la période comprise entre 1945 et 1985. Il distingue deux phases bien définies: une phase de crise, de la capitulation au Mur (1945–1961); une phase de normalisation, du Passierscheinabkommen à l'accord de 1971 et à son application (1962–1985). Le système de contrôle mis en place en 1945 par les quatre Alliés devait être provisoire. Or, ce provisoire dure déjà depuis plus de quarante ans. Cette inadaptation explique en partie la difficulté de trouver un équilibre à Berlin, surtout à partir du moment où la ville se scinde en deux sous l'influence de la guerre froide. Mais les problèmes ne surgissent vraiment qu'en 1952 quand commence le »verrouillage« de Berlin-Ouest: sur les 277 rues reliant les deux parties de la ville, la R.D.A. décide alors d'en fermer 200 à toute circulation et d'installer sur les autres des points de contrôle. Après les émeutes ouvrières du 17 juin 1953, le gouvernement est-allemand